



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Brüssel, den 5. Juli 2017

ENTSCHLISSUNG

zum Weißbuch der Kommission zur Zukunft Europas und darüber hinaus

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss verabschiedete auf seiner Plenartagung am 5./6. Juli 2017 (Sitzung vom 5. Juli) mit 226 gegen 16 Stimmen bei 15 Enthaltungen folgende Entschließung:

Gemeinsam an einem Strang ziehen

Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas¹

1. Die Gesellschaft und die Bürgerinnen und -bürger in Europa fordern eine glaubwürdige, legitime und widerstandsfähige EU. Seit über einem Jahrzehnt ist die EU nun mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen konfrontiert, was bei den Bürgern zu einer negativen Einstellung und zu Unsicherheit geführt hat. Die EU braucht übergreifende Strategien zur Förderung des Wohlergehens ihrer Bürger, umfassender und nachhaltiger Investitionen, der Kreativität und des Unternehmertums sowie Strategien zur Bekämpfung der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, der Armut und der ungleichen Verteilung des Wohlstands. Die derzeitige wirtschaftliche Erholung darf keinesfalls als Vorwand für Untätigkeit dienen. Der EWSA fordert vielmehr ein überlegtes und kohärentes Vorgehen zur Stärkung von Vertrauen und Zuversicht sowie die Konzentration auf greifbare Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger und die Nutzung von Europas enormem Potenzial.
2. Dabei müssen falsche Erwartungen vermieden werden. Insbesondere sollte eine EU angestrebt werden, die echte Chancengleichheit für alle bieten kann. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Faktoren sind eng miteinander verknüpft. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass Europa in die Lage versetzt wird, sich an die tiefgreifenden Transformationsprozesse und den harten Wettbewerb in der Welt anzupassen und die Globalisierung wirksam im Einklang mit den Werten der EU zu gestalten.
3. Das sattsam betriebene Spiel, Brüssel den Schwarzen Peter zuzuschieben, muss aufhören. Ein gemeinsames Engagement der EU-Institutionen und eines breiten Spektrums von Interessenträgern einschließlich Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene ist dafür unerlässlich. Der EWSA macht deutlich, dass die Legitimität der Beschlüsse der EU letztlich von der Qualität des demokratischen Prozesses abhängt.
4. Der Weg in die Zukunft kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von den gleichen *gemeinsamen Zielvorstellungen* geprägt ist, die auch die Überzeugung der Gründungsväter und später jeden maßgeblichen Fortschritt Europas gekennzeichnen haben. Die EU sollte alle ihr zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente, ihre Leitlinien-Kompetenz, Fonds und Kooperationsprogramme einsetzen, um in allen gewünschten Bereichen voranzukommen. Der Vertrag von Lissabon weist dabei den Weg.

¹

Diese vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss auf seiner Plenartagung am 5. Juli 2017 angenommene Entschließung geht zurück auf ein Ersuchen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, der den EWSA am 4. April 2017 beauftragte, die Vorstellungen und Prioritäten der organisierten Zivilgesellschaft über die künftige Entwicklung der Europäischen Union auf der Grundlage des *Weißbuchs zur Zukunft Europas* darzulegen.

Die Szenarien des Weißbuchs

5. Um zu *gemeinsamen Zielvorstellungen* oder zur Bestimmung des künftigen Wegs zu gelangen, ist es nach Auffassung des EWSA nicht der richtige Weg, verschiedene Szenarien zur Wahl zu stellen². Erstens fängt die EU nicht bei Null an, weshalb die Kommissionsvorschläge auf einer eingehenden historischen Analyse der EU – ihrer Errungenschaften und ihrer Mängel – als einer wertvollen Quelle für die Zukunft – basieren sollten. Die von den Mitgliedstaaten in der Erklärung von Rom eingegangenen Verpflichtungen sind ein positiver und solider Ausgangspunkt³. Die fünf Szenarien sind für die Mitgliedstaaten konzipiert und zielen auf institutionelle Änderungen ab. Sie mangeln daher an direkter Relevanz für die Unionsbürgerinnen und -bürger. Zudem erscheinen sie künstlich.

6. Für den EWSA ist Szenario 1 – die des „Durchwurstelns“ – keine Alternative. Szenario 5 mag für eine ganze Reihe von Menschen attraktiv sein, ist aber derzeit unrealistisch. Szenario 2 mit ausschließlichem Schwerpunkt auf den Binnenmarkt greift viel zu kurz. Szenario 4 erfordert eine Übereinkunft zwischen 27 Mitgliedstaaten, was zur einer Lähmung der EU führen und zentrifugalen Tendenzen Vorschub leisten könnte, wodurch die Ziele und Werte der Union gefährdet werden. Die in Szenario 3 vorgesehenen Mechanismen einer differenzierten Integration – wie z. B. die verstärkte Zusammenarbeit – können ein nützliches Instrument zur Überwindung von Blockaden in bestimmten Bereichen und zur Förderung einer positiven Dynamik im EU-Integrationsprozess sein. Gleichwohl sind sie eher Instrumente zur Erreichung der politischen Ziele als ein Ziel an sich. Während sie als ein empfehlenswertes Mittel zur Überwindung von Lähmungen oder Hindernissen bezüglich wünschenswerter EU-Rechtsvorschriften zu empfehlen sind, betont der EWSA gleichermaßen, dass die Konvergenz in der Union gefördert und die Fragmentierung und Spaltung bekämpft werden muss. Daher sollten Vereinbarungen zwischen Vorreiter- oder Katalysator-Staaten immer auch allen anderen Ländern offenstehen, die sich daran beteiligen *wollen*, wobei *gemeinsame Zielvorstellungen* im Vordergrund stehen sollten.

Standpunkt des EWSA zur Zukunft Europas

A. Verfahren

7. Strategische Themen sollten in eine gemeinsame Perspektive eingefügt werden, um die Gefahr eines Europa „à la carte“ oder zentrifugale Tendenzen zu vermeiden. Der EWSA empfiehlt eine Entwicklung, bei der die Voraussetzungen für eine bessere Teilung der politischen Macht in allen Bereichen geschaffen werden. Diese Fragen hängen in erster Linie vom politischen Willen ab und sollten deshalb ein zentrales Thema in einer echten Debatte über die Zukunft Europas sein.

² Vgl. *Weißbuch zur Zukunft Europas*, März 2017.

³ Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission vom 25. März 2017:
<http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/03/25-rome-declaration/>.

8. Die traditionelle Unterscheidung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene sollte aufgegeben werden. Gemeinsame Herausforderungen und eng verknüpfte Lebenswelten in Europa unterstreichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Mission. Dies macht auch die Anerkennung der Unionsbürgerschaft neben der nationalen Staatsangehörigkeit erforderlich. Alle Ebenen der Gesellschaft müssen in die politische Entscheidungsfindung einbezogen und daran beteiligt werden. Die Ziele sollten gemeinsam festgelegt und die Auswirkungen der Entscheidungen und Maßnahmen sollten auch auf einzelstaatlicher, regionaler und lokaler Ebene regelmäßig bewertet werden, um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.
9. Das Europäische Parlament (EP) muss bei der Gestaltung der Zukunft Europas eine zentrale Rolle spielen. Zudem muss unbedingt das Engagement der nationalen Parlamente gefördert und ihre Interaktion mit dem EP gestärkt werden.
10. Die zentralen Ziele müssen mit einer Vereinbarung der Mitgliedstaaten über folgende Punkte einhergehen:
 - Ziele, gemeinsamen Instrumente und Fristen; am notwendigsten sind gemeinsame Vorstellungen auf der Grundlage von Kohärenz, Transparenz, Sichtbarkeit und vor allem gemeinsamer Kommunikation;
 - eine wünschenswerte Reform des Rates, die Effizienz und Transparenz gewährleistet, sowie eine unabhängige Rolle der Kommission in Angelegenheiten der ausschließlichen Zuständigkeit und der geteilten Zuständigkeit unter starker Betonung der Gemeinschaftsmethode;
 - Notwendigkeit ordnungsgemäßer Mechanismen der Konsultation aller Interessenträger sowie der korrekten Rechtsumsetzung und der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

B. Politikbereiche

11. Der EWSA tritt für eine zusammenhaltende und kohärente Europäische Union ein, welche Option für die Zukunft auch immer gewählt wird. In zahlreichen Politikbereichen wird die Integration vertieft – ein langfristiger Prozess, den der EWSA voll und ganz unterstützt. Mit fast allen dieser Bereiche hat sich der EWSA in jüngster Zeit ausführlich befasst und entsprechende Vorschläge für die Zukunft vorgelegt.
12. Der Binnenmarkt mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Aspekten und im Rahmen eines nachhaltigen Entwicklungsmodells ist das unverzichtbare Herzstück der europäischen Integration. Er sollte wirklich gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleisten. Die WWU wurde gleichfalls als ein entscheidender Schritt nach vorne aufgefasst. Trotz beeindruckender Fortschritte ist ihre Architektur aber nach wie vor fragil. Die WWU steht im Zentrum künftiger Entwicklungen in der EU, weshalb sie unbedingt vertieft werden muss. Der EWSA spricht sich aus für eine schrittweise Verwirklichung einer politischen Union mit einer Reihe von makro- und mikroökonomischen Maßnahmen und Vorschriften sowie mit einer sozialen Dimension. Die Vollendung der WWU macht eine echte wirtschaftspolitische Steuerung einschließlich der

Regulierung des Finanzsektors durch die EU, ordentliche Reformen in den betroffenen Mitgliedstaaten und gemeinsame Ansätze für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erforderlich. Mit einer verbesserten Governance müssen die Grundlagen für mehr Konvergenz sowie für Solidarität im Euroraum gestärkt werden. Dabei kann der öffentliche Dienst in der EU mit seiner großen Fachkompetenz Unterstützung leisten. Der Euroraum sollte auch in anderen Bereichen eine engere Zusammenarbeit aufnehmen.

13. Der EWSA betont auch, dass eine kohärentere Governance, tiefere Integration und ein umfassendes Engagement der Mitgliedstaaten in folgenden Bereichen erforderlich sind:

- eine koordinierte europäische Industriepolitik auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs – und der Bekämpfung von Steuerhinterziehung – muss gemeinsame Ansätze (anstelle nationaler Alleingänge) sicherstellen, um die europaweiten Bedingungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in einer sozialen Marktwirtschaft zu verbessern mittels engagierter Beteiligung aller Interessenträger an einem konsensorientierten Dialog sowie an der Verbesserung der Investitionsprogramme und der Förderung von KMU;
- Förderung einer sozialen Aufwärtskonvergenz – im Einklang mit der wirtschaftlichen Konvergenz – in puncto Beschäftigung und soziale Ergebnisse mittels Realisierung der europäischen Säule sozialer Rechte unter Beachtung der nationalen Zuständigkeiten;
- eine Energieunion mit einer angemessenen Steuerung, die für einen echten gemeinsamen Markt und die Energieversorgungssicherheit unerlässlich ist;
- eine zukunftsorientierte europäische Strategie und ein Rechtsrahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf der Grundlage des Übereinkommens von Paris und als Beitrag zu den internationalen Klimaschutzübereinkommen, sowie Förderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen der EU;
- ein Digitaler Binnenmarkt als wichtiges Element künftiger Wettbewerbsfähigkeit und zur Förderung hochwertiger Beschäftigung, wobei die Auswirkungen des digitalen Wandels auf Beschäftigung und Arbeitsmärkte zu antizipieren sind;
- eine verstärkte unionsweite Strategie für Technologie, Forschung und Innovation;
- eine (multilaterale) Handelspolitik, die auf der Grundlage transparenter Verhandlungen offene Märkte sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit sicherstellen und ebenso Gleichheit in den Handelsbeziehungen gewährleisten sollte, um die Interessen Europas in einer zunehmend durch protektionistische Tendenzen geprägten Welt zu wahren;
- eine europäische Verbraucherschutzpolitik als Politik für die Bürger.

14. Nach Auffassung des EWSA müssen auch soziale Fragen und das Thema Bildung auf EU-Ebene systematischer behandelt werden, um überzeugende Lösungen zu finden. Soziale Sicherheit und Bildung unterliegen weitgehend dem Subsidiaritätsprinzip und fallen daher in die einzelstaatliche Zuständigkeit für Gesetzgebung und politische Entscheidungsfindung, häufig unter aktiver Beteiligung der Sozialpartner. Zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeiten sollten im Sozialbereich stärker als bisher Anwendung finden. Angesichts der zunehmenden Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, aufgrund der digitalen Revolution, den strukturellen Schwächen auf den Arbeitsmärkten und der Globalisierung fordert der EWSA ein sichtbares europäisches Engagement. Damit sollte für mehr Konvergenz bezüglich bestimmter sozialer bzw. arbeitsmarktrelevanter Bedingungen gesorgt und die Schaffung hochwertiger

Arbeitsplätze, faire Mobilität und ein positives Engagement der Bürger gefördert werden. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Jugend und der Arbeitslosigkeit junger Menschen gewidmet werden. Die Rolle der Sozialpartner und der gesamten Zivilgesellschaft sowie der soziale Dialog sind von zentraler Bedeutung.

15. Die EU braucht mehr wirtschaftliche und soziale Konvergenz. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, Kulturen und Traditionen der sozialen Systeme müssen dabei jedoch berücksichtigt werden. Der EWSA unterstreicht, dass die EU nicht untätig bleiben darf, sondern eine klar definierte Verantwortung übernehmen sollte. Angemessene Gespräche zwischen den Sozialpartnern (und anderen Interessenträgern) sind notwendig, bevor ein gemeinsamer Weg festgelegt werden kann. Außerdem weist der EWSA darauf hin, wie wichtig es ist, dass die EU-Richtlinien zu sozialen Fragen durch die Mitgliedstaaten wirksam umgesetzt werden.
16. Das Thema Bildung unterliegt auch dem Subsidiaritätsprinzip. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Europas sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind jedoch eng mit modernen Bildungs- und Ausbildungssystemen auf allen Ebenen verbunden. Die Zukunft der jungen Generation hängt entscheidend von der Bildung ab. Kompetenzen sind für junge Menschen, ebenso wie für ältere Generationen, von zentraler Bedeutung. Daher muss die EU aktiv ihren Teil zum laufenden Modernisierungsprozess beitragen. Bildung spielt auch bei der Kommunikation über Europa eine wichtige Rolle: der EWSA betont die Notwendigkeit angemessener Informationen und der Vermittlung von Bildungsinhalten über die EU, die europäischen Werte und die Unionsbürgerschaft in den Grund- und Sekundarschulen.
17. Der freie Personenverkehr im Schengen-Raum muss wieder hergestellt werden. Das heißt per definitionem, dass die gemeinsamen Grenzen wirksamer kontrolliert werden müssen. Gleichzeitig muss die bedauerliche Zunahme des internationalen Terrorismus in Form von Attentaten, aber auch von Cyberkriminalität, die die Öffentlichkeit erheblich verunsichern, bekämpft werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Justizbehörden ist notwendiger denn je.
18. Diese Bereiche sind unmittelbar verbunden mit der Außenpolitik und dem akuten Problem von scheiternden Staaten und Bürgerkriegen in Europas Nachbarschaft sowie den daraus resultierenden Migrationsströmen, die derzeit alle europäischen Themen überschatten. Der EWSA spricht sich nachdrücklich aus für eine gemeinsame Migrationspolitik, die Flüchtlingen gemäß internationalem Recht Schutz gewährt, für ein gemeinsames Asylsystem, für Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration und des Menschenhandels sowie für die Förderung legaler Einwanderungswege in die EU. Im selben Kontext muss die EU wieder echte Partnerschaften mit Nachbarländern errichten und insbesondere wieder eine echte Europa-Mittelmeer-Politik auflegen.

19. Europa steht heute mehr denn je seit 1945 vor der Herausforderung, sich selbst um seine Angelegenheiten kümmern zu müssen. Die Beziehungen innerhalb der NATO und zu den USA, zusammen mit einem wirksamen gemeinsamen europäischen Konzept für den Umgang mit den Problemen in ihrer Nachbarschaft und deren Bewältigung machen eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU erforderlich, von der die erfolgreiche Gewährleistung der internen und externen Sicherheit zwangsläufig abhängt.

Brüssel, den 5. Juli 2017

Georges DASSIS

Der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
